Markus Pausch

Demokratie als Revolte

Zwischen Alltagsdiktatur und Globalisierung

Mit einem Vorwort von Andreas Gross

Nomos

Markus Pausch

Demokratie als Revolte

Zwischen Alltagsdiktatur und Globalisierung

Mit einem Vorwort von Andreas Gross

Nomos

Mit freundlicher Unterstützung durch die Fachhochschule Salzburg.

© Titelbild: fotolia.com

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

ISBN 978-3-8487-1918-1 (Print)

ISBN 978-3-8452-6045-7 (ePDF)

1. Auflage 2017
© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort von Andreas Gross

Denken wir an die Demokratie, befassen wir uns mit einem Paradox, geraten in unübersichtliches Dickicht. Einerseits hat sich die Demokratie als vernünftigste Regierungs- und Staatsform durchgesetzt. So sehr, dass sie von vielen unter uns als Selbstverständlichkeit empfunden wird. Es gibt kaum mehr eine Regierung, die nicht behauptet, demokratisch legitimiert zu sein. Selbst Autokraten möchten auf diesen Anspruch nicht verzichten.

Andererseits gab es aber auch noch nie so viele Menschen, die enttäuscht und frustriert sind angesichts der real existierenden Demokratien dieser Welt. Viele empfinden sie als schwach, oberflächlich, substanziell entleert, auf Rituale und wenig handlungsmächtige Institutionen beschränkt. Sie sehen nicht, wie die Demokratie ihnen erlauben könnte, ihr Lebensumfeld zusammen mit anderen selber zu gestalten. Viele dieser enttäuschten Demokratinnen und Demokraten sprechen deshalb heute von einer „postdemokratischen" Demokratie; wir können zwar noch wählen, doch auch die Gewählten können unsere Gesellschaft nicht wirklich gestalten.

Auch die Reaktionen auf dieses Paradox sind sehr vielfältig. Viele wenden sich angesichts der Entmachtung der Politik, der Erosion der Demokratie, einfach von ihnen ab. Sie verzichten auf den Gang an die Wahlurnen, wenden sich Erträglicherem zu. Andere glauben unter dem Eindruck des scheinbar sehr effizienten chinesischen Regimes bessere Alternativen zu kennen. Dritte sehen mit der wilden Globalisierung, dem Verlust der nationalstaatlichen Autonomie und der Ökonomisierung aller Lebensbereiche das „Ende der Demokratie" gekommen – gleichzeitig mit dem Höhepunkt ihrer Ideologie. Und wiederum andere empfinden die Banalisierung der Demokratie, die Entpolitisierung der Gestaltung unserer Lebenszusammenhänge als Segen und als Durchbruch der ungebrochenen Logik der Märkte, die alles im Interesse aller am besten zu ordnen wisse. Eine Genfer Zeitung schrieb kürzlich sogar, der „Antidemokratismus" hätte Hochkonjunktur.

In diesem Moment der demokratischen Verzweiflung, der vielfachen Krise der Demokratie, kommt dieses Buch von Markus Pausch wie gerufen. „Demokratie als Revolte" erzählt uns mit Hilfe der aufmüpfigen Philosophie des großen französischen Schriftstellers Albert Camus

(1913-1960), was mit der Demokratie wirklich gemeint und gewollt wird. Es gibt keine Würde des Menschen außerhalb der Demokratie. Deshalb ist die Demokratie Teil der Menschenrechte. Demokratie ist viel mehr als nur eine Staats- und Regierungsform, sie ist auch eine Lebensform. Und viel mehr als ein Ensemble von Rechten, Institutionen und Verfahren: Sie erhebt sie den Anspruch, allen Menschen Freiheit zu ermöglichen, ohne auf die Gerechtigkeit als Grundprinzip zu verzichten zu müssen. Liegt in der gerechten Verteilung der Lebenschancen doch das materielle Versprechen der Demokratie.

Dabei illustriert Markus Pausch wie weit Anspruch und Wirklichkeit in der Demokratie auseinanderliegen. Ebenso was Demokratinnen und Demokraten sich vornehmen müssen, wenn sie die Demokratisierung der Demokratie wieder voranbringen möchten: Zu Hause gilt es sie in allen Lebensbereichen einzurichten, vor allem auch in der Wirtschaft, in der Welt der Arbeit, aber auch in der Schule, in den Spitälern, im Sportsverein, überall dort, wo Menschen was gemeinsam tun und aufeinander angewiesen sind. Im Staat gilt es sie weit über die Wahlen hinaus zu verfeinern und partizipativ anzureichern. Wer den Anspruch der Demokratie ernst nimmt, muss die indirekte Demokratie um direktdemokratische Einrichtungen ergänzen und damit stärken.

Schließlich gilt es nach der Stadt, der Region und dem Nationalstaat endlich auch die Europäische Union und die globalen politischen Institutionen demokratisch zu gestalten. Denn die EU bedarf nicht nur der Demokratisierung, die Demokratie hat auch die EU nötig, um dem Primat der Politik gegenüber der Wirtschaft wieder näher zu kommen. Wie der deutsche Rechtsprofessor Andreas Fisahn kürzlich schrieb: “Eine wirklich sozial-ökologische Umsteuerung in der EU muss vielmehr mit einer grundlegenden Demokratisierung einhergehen, das heißt mit einem grundsätzlichen Umbau der Verträge.“ Wir müssen die Verträge, Vereinbarungen zwischen Regierungen, durch eine föderalistische europäische Bundesverfassung, eine Vereinbarung aller Europäerinnen und Europäer ersetzen. Dazu bedarf es aber des Engagements von Hunderttausenden von Europäerinnen und Europäer! Dieses Buch zeigt Ihnen, wie und weshalb, und hilft Ihnen, die damit verbundenen Konflikte zu überwinden. Dafür verdient Markus Pausch unseren großen Dank.

Andreas Gross, St-Ursanne (Jura, Schweiz)
www.andigross.ch

Inhaltsverzeichnis

Einleitung 9

Demokratie als umkämpfter Begriff 11
Demokratie als Methode und Ideal 12

1 Grundlagen der Demokratie als Revolte 17

1.1 Die erste oder existenzielle Revolte 17
1.2 Sisyphos, der glückliche Demokrat 20
1.3 Die Unabschließbarkeit der Demokratie 22
1.4 Die affektive und die rationale Revolte 25
1.5 Zweifel und Dialog 29
1.6 Vom Solitaire zum Solidaire 31
1.7 Die vielen Formen der Revolte 35
1.8 Zwischen Freiheitsdrang und Unterwerfung 40

2 Einbettung der Demokratie als Revolte 43

2.1 Existenz, Revolte und Gewalt 45
2.2 Sozialismus, Revolte und Demokratie 50
2.3 Libertärer Anarchismus 55
2.4 Revolte, Macht und Wahrheit 57
2.5 Revolte und Demokratie als Lebensform 61
2.6 Revolte und faire Institutionen 64
2.7 Revolte, Öffentlichkeit und Deliberation 68
FAZIT 71

3 Demokratie als Staats- und Regierungsform 73

3.1 Partizipation als Institutionalisierung der Revolte 75
3.2 Erwartungen an die nationalstaatliche Demokratie 79
3.3 Elitenherrschaft, Populismus und die Grenzen der Demokratie 88
3.4 Eine kurze Geschichte der unvollständigen ´Demokratisierung 93
3.5 Herausforderungen nationalstaatlicher Demokratie 99

3.6 Die EU und die supranationale Demokratie 103
3.7 Soziale Ungleichheit und Vertrauensverlust 116
3.8 Staatliche Unterdrückung: Die Revolte dauert 3 Minuten 124
FAZIT 127

4 Diktatur im Alltag 129

4.1 Beschleunigung und Zeitzwänge: Keine Zeit für Demokratie 130
4.2 Der fremdbestimmte Tag – keine Zeit für Revolte 133
4.3 Die Freiheitseinschränkungen des Kindes 137
4.4 Das diktatorische System Schule 139
4.5 Das diktatorische System Unternehmen 143
4.6 Unterdrücker und Unterdrückte 146

5 Die Zukunft der Demokratie als Revolte 149

5.1 Inklusive oder exklusive Demokratie 149
5.2 Die Demokratisierung der nationalstaatlichen Demokratie 151
5.3 Die Demokratisierung Europas und der Welt 155
5.4 Erziehung zur Revolte und Demokratiebildung 158
5.5 Unternehmensdemokratie 162

Konklusion: Die tägliche Revolte 169

Literatur 171

Presseartikel 184

Einleitung

Jeder Mensch hat ein Bedürfnis nach Individualität und Autonomie, nach Freiheit. Gleichwohl hat aber auch jeder Mensch ein Bedürfnis nach Konformität und einer Sicherheit vermittelnden Zugehörigkeit. Diese von Erich Fromm beschriebene und widersprüchliche Bedürfnislage des Menschen wirkt sich nicht nur individuell aus, sondern lässt sich auch auf eine gesellschaftliche und politische Ebene übertragen.

Die Demokratie ist dabei die Ermöglichung einer auf Freiheit ausgerichteten Revolte und berücksichtigt somit als einzige Regierungsform das menschliche Bedürfnis nach Individualität. Die Demokratie als Revolte beginnt mit dem Widerstand gegen Zwang und Unterdrückung, gründet auf Zweifel und Dialog und hat zwei Ausprägungen: eine staatliche oder organisatorisch-institutionelle als Regierungsform und eine zwischenmenschlich-kommunikative als Lebensform. Demokratie hängt dabei nicht nur maßgeblich von der Möglichkeit der Revolte ab, sondern definiert sich durch diese. Wo die Revolte unterdrückt wird, drohen Revolution oder Terror.

Unter Bezugnahme auf das politiktheoretische Werk des französischen Philosophen Albert Camus wird im ersten Teil eine Demokratietheorie der Revolte entworfen, die den existenziellen Kern der Demokratie freilegt und ihn danach in Strukturen übersetzt. Nach der Herstellung von Bezügen zu gängigen politischen Theorien wird die Demokratie als Revolte an den Realitäten des politischen und alltäglichen Lebens des modernen Menschen überprüft.

Darauf aufbauend lautet eine wichtige These dieses Buches, dass wir uns in Europa gegenwärtig in einer Krise der Demokratie befinden, die sich sowohl auf ihre nationale und supranationale als auch auf ihre subnationale und lebensweltliche Ebene bezieht. Da sich die Nationalstaaten, die nach dem Zweiten Weltkrieg die tonangebenden politischen Instanzen der Demokratie waren, zunehmend ohnmächtig präsentieren und auf der europäischen Ebene noch keine ausreichende demokratische Entsprechung gefunden wurde, verlieren die Menschen das Vertrauen in die repräsentative Demokratie. In Kombination mit einer auch im Alltag erlebten Ohnmacht gegenüber mächtigen Hierarchien und Akteuren (Vorgesetzten, LehrerInnen, ÄrztInnen etc.) sowie nicht ausreichend demokratisierten Le-

bensbereichen und kommunikativen Prozessen entsteht ein Gefühl der Alltagsdiktatur. Viele Menschen haben auch in demokratischen Nationalstaaten den Eindruck, nicht die AutorInnen ihres eigenen Lebens zu sein, sondern Spielball verschiedener Autoritäten.

Als Staatsform und global betrachtet befand sich die Demokratie nach 1945 lange Zeit auf dem Vormarsch. Erst in den letzten Jahren verzeichnete man einen Rücklauf in der Zahl der als demokratisch eingestuften Länder. Dennoch gab es kaum jemals zuvor in der Geschichte der Menschheit so viele Demokratien wie heute. Je nach Art der Messung werden unter den 193 existierenden Nationalstaaten der Welt 86 gänzlich freie und 59 teilweise freie gezählt (Freedom House 2016) bzw. an die 100 als Demokratien ausgewiesen (vgl. Vanhanen 2000). Diese Entwicklung scheint auf den ersten Blick zu bestätigen, was der US-amerikanische Politologe Francis Fukuyama in Anbetracht des Zusammenbruchs der Sowjetunion in den 1990er Jahren schrieb, dass nämlich das *Ende der Geschichte* von staatlichen Konflikten bevorstünde und sich die liberale Demokratie weltweit und endgültig ausbreiten werde (Fukuyama 1992). Auch wenn dies bei genauerer Betrachtung und aufgrund vieler fehlgeschlagener Versuche von Demokratie-Export sowie mehreren länderspezifischen Rückschlägen rasch widerlegt werden kann, ist es doch bemerkenswert, wie kontinuierlich die Demokratie als Staatsform voranschreitet.

Aus historischer Perspektive spricht man heute von mehreren Wellen der Demokratisierung. Samuel P. Huntington wies Ende der 1980er Jahre auf bis dahin drei historische Wellen hin (Huntington 1991). Mit den Transformationen in Ost- und Zentraleuropa sprach man ab den 1990er Jahren von einer vierten (von Beyme 1994). In Zusammenhang mit dem Arabischen Frühling 2011 sahen manche bereits eine fünfte Welle (Leggewie 2011). Und auch wenn es gerade in den letzten Jahren in verschiedenen Staaten wie der Türkei, Russland, Ungarn oder Polen zu einer Re-Autokratisierung gekommen ist, schreitet die Zahl der Wahldemokratien insgesamt tendenziell voran.

Dennoch befinden sich einige der ältesten Demokratien heute in einer Krise, die sich u.a. durch sinkendes Vertrauen in die Institutionen und Akteure der repräsentativen Demokratie, sinkende Wahlbeteiligung und zunehmende Unzufriedenheit mit der Politik äußert. In Europa wird dieses Phänomen durch eine mehrdimensionale Problematik mit ökonomischen und sicherheitspolitischen Folgen verschärft.

Im vorliegenden Buch wird den bestehenden Defiziten der Demokratie auf den Grund gegangen. Die Annahme lautet, dass die Demokratie als

Staatsform in Europa in der Krise steckt, supranational defizitär geblieben und im alltäglichen Leben der Menschen, ihren Bildungseinrichtungen und Unternehmen, bis heute nicht angekommen ist. Unterhalb der nationalstaatlich organisierten Ebenen ist Demokratie in der Regel nur äußerst schwach ausgeprägt. Hinzu kommt, dass seit den 1990er Jahren und durch die Globalisierung immer mehr Entscheidungen oberhalb des Nationalstaats, in demokratie-defizitären Abläufen getroffen werden. Die BürgerInnen westlicher Demokratien haben dadurch die Möglichkeit der Revolte und das Gefühl der politischen Effizienz, der effektiven Mitbestimmung teilweise verloren. Und das, obwohl die Europäische Union seit ihrer Gründung einen bemerkenswerten Demokratisierungsprozess durchlaufen und ein hohes Maß einer supranationalen Demokratie sui generis hervorgebracht hat. Dennoch: Die BürgerInnen Europas verlieren das Vertrauen in die repräsentative Demokratie. Und ihr Alltag wird weiterhin durch Diktaturerfahrungen geprägt.

Demokratie als umkämpfter Begriff

Der Begriff *Demokratie* hat seit seiner Entstehung in der griechischen Antike viele Veränderungen durchgemacht. Er zählt zu jenen Termini, die in der Diskurstheorie Ernesto Laclaus als *leere Signifikanten* bezeichnet werden, also als Wörter, die in ihrer alltäglichen Verwendung so breit und diffus geworden sind, dass sie für diametral sich widersprechende Konzepte stehen können (Laclau/Mouffe 1985). Im alltagssprachlichen Gebrauch und in der politisch-medialen Auseinandersetzung ist Demokratie in der Regel positiv konnotiert. Sie wird von PolitikerInnen aller Couleurs in Anspruch genommen, vom jeweiligen politischen Gegner eingefordert. Sie kann in der heutigen politischen Auseinandersetzung westlich geprägter Staaten gewissermaßen als politischer Kampfbegriff verstanden werden, um dessen Besetzung und Vereinnahmung die verschiedenen Akteure ringen (Panagl 2004). Der Begriff läuft dadurch aber auch Gefahr, beliebig zu werden, daher bemüht sich die politische Theorie darum, ihn stets weiter zu entwickeln oder neu zu definieren. Dies wiederum hat im Laufe der Jahrzehnte zu einer großen Zahl an Demokratietheorien (Schmidt 2000) und zur Entwicklung einer politikwissenschaftlichen Subdisziplin, der theoretischen und der empirischen Demokratieforschung, geführt (Pickel/Pickel 2006; Berg-Schlosser/Giegel 1999).

Die Aufgabe der Demokratietheorie besteht im Wesentlichen in drei Bereichen: erstens, die Begründbarkeit der Demokratie zu diskutieren: Warum brauchen wir überhaupt eine Demokratie? Zweitens, die Beziehung zwischen Mensch und Staatsform zu erklären: Wie wirkt der/die Einzelne auf die Demokratie und wie die Demokratie auf die Einzelnen? Und drittens: Die Institutionen, Akteure und Prozesse einer Demokratie zu benennen: Welche Institutionen braucht es, um die Demokratie zu ihrer normativ besten Entfaltung zu bringen?

Die Frage, was eine Demokratie sei und wodurch sie sich von anderen politischen Ordnungen abhebt, bedarf gerade heute dringend einer Debatte, um zu vermeiden, dass der inflationäre Begriffsgebrauch die Demokratie zu einem ungreifbaren, diffusen und entwerteten Etwas macht. In einer Zeit, da die Vertrauenswerte in die Institutionen und VertreterInnen der repräsentativen Demokratie auf allen Ebenen und besonders unter jungen Generationen bröckeln, ist es nötig, den Begriff in seinem Kern zu erfassen und zu revitalisieren.

Demokratie als Methode und Ideal

Nur noch selten geht man heute davon aus, dass die Demokratie lediglich die Regierung der Vielen über die Wenigen ist, auch wenn das Mehrheitsprinzip nach wie vor als wichtiges Entscheidungskriterium gilt. Doch schon in der attischen Polis galten Freiheit und Gleichheit der Bürger als demokratie-immanente Werte (vgl. Pabst 2010). Seit der Moderne meint Demokratie dann auch ganz explizit die gleichberechtigte Mitentscheidung aller BürgerInnen. Dies beinhaltet aber eine noch unbeantwortete Frage, nämlich jene nach der Gesamtmenge, um die es tatsächlich geht. In der griechischen Polis war klar, wer zur Gesamtmenge zählte, von der aus Mehr- und Minderheiten errechnet wurden – und wer davon ausgeschlossen blieb: Freie Männer zählten dazu. Unfreie, Frauen, Metöken, Sklaven und Kinder waren exkludiert. Die Mehrheit war also nur eine Teilmehrheit der in der Polis lebenden Menschen. Allein die Unfreien machten im klassischen Athen ein Drittel der Bevölkerung aus (Welwei 1998, 102). Wie auch in den Schriften von Aristoteles deutlich wird, waren viele der Ansässigen keine Vollbürger und hatten somit keine Bürgerrechte (Pabst 2010, 93 f.). Letztere wurden also nicht von einem universellen Naturrechtsverständnis begründet, sondern durch soziale, ökonomische und historisch gewachsene Hierarchieverhältnisse. Streng genommen war es also

nur die Mehrheit der Vollbürger, die über die Minderheit der Vollbürger sowie über die Gesamtheit der Unfreien bzw. jene ohne Bürgerrechte entschied. Dies nannte man Demokratie. Sie war auf eine kleine, überschaubare Menge von Menschen reduziert. Von Universalität war nicht die Rede.

Erst mit der Aufklärung bekam die Demokratie ihre universelle Note. Der Liberalismus, der auf Humanismus und Renaissance folgte, stellte den Menschen als Individuum in den Mittelpunkt. Frei sollten die Menschen sein. Befreit von Unterdrückung durch Monarchen, Aristokratie und Kirche. Und gleich in ihrer Freiheit. Darum forderten die liberalen AufklärerInnen politische Rechte für alle ein und formulierten die Bürger- und Menschenrechte. Die ersten Artikel machen deren universellen Charakter deutlich: In Artikel 1 heißt es: „Die Menschen (les hommes) werden frei und gleich an Rechten geboren und bleiben es." (Erkärung der Menschen- und Bürgerrechte 1789). In Anbetracht der damals in Frankreich herrschenden Verhältnisse gab es berechtigten Zweifel daran, ob mit „les hommes", das im Französischen sowohl *Männer* als auch *Menschen* bedeutet, auch Frauen gemeint waren (Olympe de Gouges 1995). Die Schriften der Frauenrechtlerin Olympe de Gouges belegen, dass das Thema damals bereits diskutiert wurde. Sie verfasste mit ihrer Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin ein feministisches Pendant zu den Menschen- und Bürgerrechten und protestierte damit gegen die männlichen Privilegien[1].

Die Forderung nach gleichen Rechten war in der Aufklärung jedenfalls zum ersten Male mit einem Anspruch durch Geburt argumentiert worden. Die Demokratie sollte die Methode sein, um die gleiche Freiheit aller die Welt bewohnenden Menschen zu garantieren, unabhängig davon, wo sie lebten. Praktisch taten sich für diesen hohen Anspruch allerdings unüberwindbare Hürden auf, und es zeigte sich rasch, dass auch in der modernen Demokratie die Rechte auf Freiheit und Mitbestimmung nicht allen zuteilwerden sollten. Allein die Unterscheidung in Menschen und BürgerInnen schränkte die universelle Freiheitsforderung deutlich ein. Die Demokratie veränderte sich somit gegenüber ihrem antiken Vorläufer vor allem in Hinblick auf ihren Anspruch, nämlich den Menschenrechten zum weltweiten Durchbruch zu verhelfen. Realpolitisch wurden die BürgerInnenrechte in den Vordergrund gerückt, die zu neuen Exklusionsmechanismen führten.

---

1 De Gouges wurde als Gegnerin Robespierres schließlich unter dem Vorwand, eine Royalistin zu sein, unter der Guillotine geköpft.

Denn die Frage, wer als BürgerIn eines Staates volle politische Rechte genoss und wer davon ausgeschlossen blieb, wurde auf unterschiedliche Weise beantwortet, führte aber nirgends zu einem voll inklusiven politischen System. Einer der Streitpunkte bezog sich auf die Mündigkeit eines Menschen, eine politische Entscheidung treffen zu können. Wurde Mündigkeit bis ins 20. Jahrhundert etwa Frauen oder Analphabeten in Abrede gestellt, so gilt sie bis heute als Ausschlusskriterium für Kinder. Diese seien aufgrund ihrer Unmündigkeit nicht wahlfähig[2]. Ein weiterer Grund, nicht wählen zu dürfen, war und ist in allen Demokratien eine fremde Staatsangehörigkeit. Wer auf einem Territorium lebt, aber nicht die dortige Staatsbürgerschaft besitzt, hat kein Wahlrecht[3].

Methodisch drehte sich davon abgesehen vieles um die Frage, ob und inwiefern Repräsentation überhaupt möglich sei. Wie viele Abgeordnete sollten in welchem Verhältnis zu ihrer Bevölkerungs- oder WählerInnenzahl in einem Parlament sitzen? Die Demokratiedebatte spitzte sich auf technisch-organisatorische Fragen zu. Es handelte sich beim Demos nicht mehr – wie in der Antike – um eine überschaubare Zahl von Vollbürgern, die direkte Entscheidungen treffen konnten, sondern um bevölkerungsreiche Gebiete auf großen und weitläufigen Territorien, die mit den Stadtstaaten der Polis nur wenig gemein hatten. Die westlichen Demokratien haben in der Folge komplizierte Verfahren entwickelt, um breit akzeptierte Repräsentationsmechanismen zu legitimieren. Auf diese Weise haben sich Präsidialsysteme, parlamentarische oder konstitutionelle Demokratien, konsens- und konfliktorientierte Regierungsformen entwickelt. Die heutigen demokratischen Nationalstaaten weisen einen hohen Grad an Differenzierung auf, wodurch es auch eines sehr differenzierten analytischen Blicks bei der Einschätzung ihrer Qualität bedarf. Verschiedene Instrumente zur Messung von Demokratiequalität sowie die vergleichende Politikwissenschaft versuchen diesen Unterschieden gerecht zu werden (vgl. Bühlmann et al. 2008).

Die Demokratie ist eine Regierungs- und Lebensform, die untrennbar mit einem Wert verknüpft ist, nämlich dem Wert der gleichen Freiheit für alle Menschen. Und diese gleiche Freiheit gründet wiederum auf der Urerfahrung der Revolte, durch die sie ermöglicht wird. So liegt dem bereits

---

2 Bemerkenswert ist dahingehend, dass Menschen mit geistiger Behinderung in manchen Staaten wie etwa Österreich sehr wohl ein Wahlrecht haben.

3 Ausnahmen gibt es lediglich im kommunalen Wahlrecht v.a. für EU-BürgerInnen und in manchen Staaten auch für Drittstaatsangehörige.

beschriebenen Werdegang der Demokratie ab der Moderne die Idee zugrunde, dass jeder Mensch ein Recht auf Freiheit habe, das nur in Demokratien verwirklichbar ist. Die Demokratie wird damit zum Verwirklichungsprogramm von Freiheit. Die Freiheit der Einzelnen ist wiederum auf das Recht auf Revolte angewiesen, wodurch die Demokratie als Ermöglicherin und Verteidigerin der Revolte gedacht werden muss.

1 Grundlagen der Demokratie als Revolte

Die Idee einer *Demokratie als Revolte* setzt sich aus verschiedenen Annahmen zusammen, die zu einem wesentlichen Teil auf den französischen Denker und Literaten Albert Camus zurückgehen. Seine zentralen philosophischen und politischen Überlegungen zu einer Demokratietheorie zu systematisieren, ist Anliegen des ersten Teils dieses Buches, in den allerdings auch eine Reihe anderer Denkrichtungen einfließen. So geht die unter 1.1 dargelegte und für die weiteren Ausführungen zentrale Annahme einer existenziellen Revolte nicht von den Schriften Camus´ aus, ist aber von ihm inspiriert. Der Großteil der weiteren Aspekte dieses ersten Teils rekurriert meist direkt auf *Der Mensch in der Revolte*.

Camus nimmt im Reigen der Demokratietheoretiker bisher keine nennenswerte Stellung ein. Das liegt daran, dass er zum einen von den Philosophen der Linken, insbesondere von Jean-Paul Sartre, aufgrund seiner kritischen Haltung zum Stalinismus und der Ablehnung der Revolution als metaphysischer Moralist diffamiert wurde[4] (Onfray 2013). Zum anderen wurde Camus nach seinem überraschenden Unfalltod im Januar 1960 weitgehend auf sein literarisches Werk reduziert, während man seine politischen Schriften weit weniger – und politikwissenschaftlich so gut wie gar nicht – rezipierte. Camus aber bietet in seinem Denken wenn schon keine durchgängig systematisierte Theorie der Demokratie, so doch eine Reihe von zentralen Gedanken und Anknüpfungspunkten (vgl. Pausch 2014), auf die im Folgenden eingegangen wird.

1.1 Die erste oder existenzielle Revolte

Das Leben des Menschen beginnt mit einer Revolte, die wir Geburt nennen. Das ungeborene Kind widersetzt sich dem Zwang des Mutterleibs und strebt an die Freiheit. Die Mutter unterstützt diesen Prozess und gibt

4 Auslöser für den Streit und den darauffolgenden Bruch zwischen den beiden Philosophen war Camus‘ Buch „Der Mensch in der Revolte“, in welchem er die Revolte als friedlichen Aufstand der von ihm abgelehnten gewalttätigen Revolution gegenüberstellte.

das Kind frei. Der Mensch ist nicht, wie die Existenzialisten um Heidegger meinten, gegen seinen Willen in die Welt geworfen (Heidegger 2006; §§ 28-38). Die Geburt ist vielmehr ein In-die-Freiheit-Streben, das von der Mutter unterstützt wird. Sie ist eine Revolte gegen Zwang, ein Protest gegen Unfreiheit. Am Beginn steht somit die Revolte als Voraussetzung für Leben und Freiheit. Sie gelingt, weil sie zugelassen wird. Wird sie nicht zugelassen, so endet sie für einen Teil tödlich. Die Revolution fordert das Leben der Mutter. Die Unterdrückung vernichtet das Leben des Kindes.

Die durch die Revolte errungene Freiheit ist aber auch mit Risiko, Unsicherheit und Angst verbunden. Das schreiende Neugeborene feiert seine Freiheit nicht, es sehnt sich nach Geborgen- und Gebundenheit. Dieser unauflösbare Widerspruch liegt der Existenz des Menschen zugrunde. Es ist der Gegensatz zwischen zwei Bedürfnissen, die das menschliche Dasein immanent begleiten und die Erich Fromm als Individualität und Konformität bezeichnet hat (Fromm 1992). Während das Bedürfnis nach Individualität als Freiheitsdrang und Autonomiewunsch ein gewisses Maß an Mut, Courage, voraussetzt, liegt jenem nach Konformität, Zugehörigkeit und Sicherheit ein Gefühl der Angst zugrunde. Mut und Angst werden somit zwei Seiten einer Medaille, die das tägliche Menschsein ausmachen.

Fromm geht davon aus, dass der Mensch zwischen dem Bedürfnis nach Individualität und jenem nach Konformität hin- und hergerissen sei. Das Kind im Mutterbauch ist noch eins mit der Mutter. Es ist konform im Sinne von zugehörig. Erst die Geburt beendet diesen Zustand des Einsseins, macht das Kind zu einer Einzelperson, gibt ihm ein Stück Freiheit und Unabhängigkeit. Doch diese Unabhängigkeit führt auch zu einem Gefühl des Abgetrenntseins, des Verlassenseins, des Fremdseins und macht Angst. Der Mensch reagiert darauf mit dem Bedürfnis nach Zugehörigkeit und Verbundenheit.

Jede errungene Freiheit ist mit Risiko verbunden und kann zu Unsicherheit und Ängsten führen. Diese Ängste lösen den Wunsch nach Konformität, nach Zugehörigkeit und Gebundenheit aus. Wir finden diese Grundkondition des Individuums in allen Beziehungen zwischen den Menschen, in allen sozialen Interaktionen wieder, in denen es um Macht und Herrschaft geht. Politisch gedeutet gibt es nur eine einzige Staats- und Regierungsform, die sich um das Bedürfnis der Individualität, der Freiheit, annimmt, nämlich die Demokratie, während sich alle anderen auf die Herstellung von Konformität konzentrieren. Das heißt freilich nicht, dass sich die Demokratie nicht um Zugehörigkeitsfragen zu kümmern hätte. Sie tut

dies allerdings nicht um den Preis der Freiheit, sondern in Berücksichtigung dieser und zu ihrem Schutz.

Die erste oder existenzielle Revolte des ungeborenen Kindes ist also lebensspendend, lebensbejahend. Sie führt zum Leben, indem sie zur Freiheit führt. Freiheit ist somit eine Lebensbedingung, zu deren Verwirklichung die Revolte als Methode dient. Die existenzielle Revolte steht am Beginn der Freiheit und des Lebens. Sie ist nicht geplant oder durchdacht, sondern ergibt sich aus dem natürlichen Überlebensdrang eines jeden Wesens. Die existenzielle Revolte, die sich bei der Geburt abspielt, ist materialistisch und affektiv. Sie kann im späteren Leben aber auch eine metaphysische und rationale Form annehmen, zumindest für all jene, die weder an eine Religion noch an eine Ideologie glauben, wie dies Albert Camus beschreibt. Er argumentiert, dass der Mensch angesichts des Schweigens der Welt auf die Frage nach ihrer Sinnhaftigkeit nur durch eine Revolte weiterleben kann. Der denkende Mensch, der nach dem Sinn des Lebens und der eigenen Existenz frägt und keine Antwort bekommt, müsse von der Absurdität der Welt und der eigenen Existenz ausgehen. Im Wissen um diese Absurdität bleiben ihm zwei Möglichkeiten: sich selbst zu töten oder weiterzuleben. Ersteres hieße, an der Absurdität zu verzweifeln und ihr einen unwiderruflichen Akt entgegenzusetzen. Zweiteres hieße, sich gegen sie aufzulehnen, zu revoltieren und ihr zum Trotz das Leben fortzuführen. Rational kann freilich keine der beiden Handlungen begründet werden. Wenn ohnehin alles absurd ist, ist es jede Handlung, jede Reaktion auf das Absurde ebenso. Bei Camus bleibt die existenzielle Revolte auf den Protest gegen das Schweigen der Welt ausgerichtet. Sie widerspiegelt sich im Mythos eines Sisyphos, der als glücklich gedeutet wird, weil er die Absurdität erkennt und dennoch gegen sie revoltiert, indem er nicht aufhört, den Stein nach oben zu rollen und nicht an seiner sinnlosen Tätigkeit verzweifelt (Camus 1997, 33 f.).

Diese zweite, metaphysische Dimension der existenziellen Revolte ist zum einen der Ausgangspunkt für Camus' aufschlussreiche und inspirierende politisch-philosophische Schriften, zum anderen kann sie als eine Metapher auf Herrschaftsverhältnisse gedeutet und für eine Demokratietheorie adaptiert werden. Sie rührt darüber hinaus an der Frage nach der Vereinbarkeit von Demokratie und Religion. Dahingehend sind Staat und Individuum getrennt voneinander zu beurteilen: Ein demokratischer Staat ist mit Religion tatsächlich unvereinbar. Hier gelten Säkularismus und die Trennung zwischen Staat und Kirche. Ein religiöser Mensch kann hingegen ohne Frage ein/e DemokratIn sein. Voraussetzung dafür ist allerdings,